

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des auf Bestellung zur Dienstag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis der Zeitungsabnahme monatlich 20, durch andere Abnehmer zu zahlen in der Regel monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierwöchentlich 20 mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postämter sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Empfänger seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimspreis 20 für die 6 getragene Korpuszelle oder deren Raum, Neuen, Neuen, die 2 spaltige Korpuszelle 20. Bei Wiederholung und Jahresbeitrag entsprechende Preisermäßigung. Zeitungsabnahme im amtlichen Teil nur von Behörden die 2 getragene Korpuszelle 20. Nachzahlungsbetrag 20. Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abdruckanspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erst erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Beleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 248

Sonnabend / Sonntag 11. / 12. November 1922.

Ämtlicher Teil.

Brotmarkenausgabe. Für die Zeit vom 20. November 1922 bis 11. Februar 1923 sind die Brotmarken für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung von den Gemeindebehörden nach den bisherigen Vorschriften auszugeben.

Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden durch die Druckerei G. E. Klinkicht & Sohn in Meißen zugehen, soweit sie nicht dort abgeholt werden. Die Nachweisung über die neue Ausgabe und die Ausgabelisten mit Brotmarken (einschließlich Lieferchein) der abgelaufenen Zeit vom 28. August bis 19. November 1922 sind bis spätestens den 28. November 1922 hier einzureichen. Bei Ausgabe der Brotmarken sind die Bestimmungen in Abs. 2 der Bekanntmachung vom 17. August d. J. — Nr. 46 II E. — über die Brotseilherverföger, sowie die Bestimmungen der Bekanntmachung über die Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung vom 5. Oktober d. J. — 98 II E. — genau zu beachten.

Wer, ohne brotversorgungsberechtigt zu sein, die Versorgung in Anspruch nimmt, wird nach § 49 Ziffer 3 des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1922 mit Gefängnis bis zu

einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe vermerkt ist.

Meißen, den 7. November 1922.

111 II E.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband Meißen-Stadt und Land.

Jahrmarkt in Kößchenbroda.

Sonntag den 19. und Montag den 20. November 1922, findet in Kößchenbroda Jahrmarkt statt.

Ferkelmarkt wird Montag, den 20. November 1922 früh abgehalten.

Kößchenbroda, den 7. November 1922.

Der Gemeindevorstand.

Freibank. Morgen vormittag 9—1 Uhr Rindfleisch, roh, Pfund 80 Mark.

Wilsdruff, am 10. November 1922.

Der Stadtrat.

Alte Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat der Reparationskommission in Ablehnung an die Gutachten der Sachverständigen ihre endgültigen Vorschläge für die Stabilisierung der Mark durch äußere und innere Maßnahmen überreicht.

* Zur Stützung der deutschen Währung soll ein internationales Syndikat gebildet werden, welches 500 Millionen Goldmark aufzubringen hätte. Dann soll die Reichsbank die gleiche Summe zur Verfügung stellen.

* Die Reparationskommission wird ihre Beschlüsse über die deutschen Vorschläge erst nach der Rückkehr nach Paris fassen.

* Der neue bayerische Ministerpräsident v. Klinkert trat im Landtage in seiner Programmrede für die bundesstaatliche Selbstständigkeit Bayerns und die Ernennung eines Staatspräsidenten ein.

* Die amerikanischen Wahlen ergaben eine ganz geringe Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus.

Die Rehrseite.

Wenn die Mark stabilisiert wird.

Nach dem bisherigen Ergebnis der Berliner Beratungen von internationalen Sachverständigen, Reparationskommission und Reichsregierung ist es noch höchst unklar, ob man dem Zeitpunkt näher gekommen ist, an dem man den ernsthaften Versuch machen wird, die Mark, wie man seit einigen Jahren sich so schön ausdrückt, zu „stabilisieren“. Trotzdem wird man vielfach danach gestraft, was eine Stabilisation der Mark im Alltagsverkehr ändern würde. Die Antwort wird allerdings mehr als einen überraschen. Sie ist kurz und deutlich: zunächst nicht.

Das klingt geradezu widersinnig, und doch wird eine kurze Überlegung zeigen, daß dem wirklich so ist. Stellen wir uns vor, man versuchte, die Mark auf der Grundlage zu stabilisieren, daß eine Papiermark einem Goldpfennig von früher entspricht, also auf der Grundlage eines Dollarstandes von 420. (Daß ein solcher Kurs praktisch nicht durchführbar wäre, braucht nicht besonders betont zu werden; aber das Beispiel führt sich am leichtesten bei ganz einfachen Zahlenverhältnissen durch wie eins zu zehn, zu hundert oder zu tausend.) Was geschieht dann? Das Pfund Butter, das in der Zeit des Dollarstandes von rund 400 rund 200 Mark kostete, kostet 200 Mark, der Arbeitslohn des Arbeiters, der damals etwa 1250 Mark wöchentlich erhielt, sinkt auf 1250 Mark. Bei eins zu tausend, einem uns jetzt näher liegenden Verhältnis, wird aus dem Butterpreis von sage 1800 Mark ein solcher von 180 Mark, aus dem Wochenlohn von 5600 Mark ein solcher von 560 Mark. Ganz ähnlich würde es auch in allen ähnlichen Fällen aussehen; der Preis einer Strafenbahnfahrt, der jetzt in den Großstädten bald 30 Mark betragen wird, würde (Verhältnis eins zu tausend) auf 3 Pf. sinken, der Mietpreis einer Wohnung, deren Monatsmiete einschließlich aller Zuschläge jetzt, sagen wir einmal 700 Mark beträgt, auf 70 Pf.

Bei diesen Ziffern aber zeigt sich schon, daß der Zustand einfacher Begehrde von Nullen nur vorübergehend sein kann. Denn nach einem kurzen Übergang werden seelische Vorgänge beginnen, sich auszuwirken. Gleichwohl selbst heute in der Zeit stärkster Geldentwertung der Tausendmarktscheine und der Hundertmarktscheine im Verkehr eine größere Achtung als früher das Markstück oder das Zehnpfennigstück. Und doch ist der Markwert beider Scheine kaum größer, oft sogar wesentlich kleiner, als es bei der beiden Münzen war. Bei einer „Devaluation“, d. h. also bei einer Änderung der Verhältnisse, würden sich sehr rasch die umgekehrten Wirkungen zeigen. Der Arbeiter, der sich heute mit seinem 5600 Mark Wochenlohn zwar weniger kaufen kann als früher, den aber die hohen Ziffern doch noch etwas über diese Tatsache hinwegtäuschen, würde bei 560 Mark ziemlich rasch nutzlos werden. Die Stadtverordnetenversammlung, in der die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises von 30 auf 40 Mark auf Befehl des Straßensprechers, würde bei einer Devaluation von

2 auf 4 Pf. wahrscheinlich erheblich weniger Widerstand leisten.

Vor allem aber würde eines mit ungeahnter Schroffheit in die Erscheinung treten, nämlich die Verschlebung in der Entlohnung, die sich zwischen dem Handarbeiter, besonders dem ungelerten Handarbeiter, und dem geistlichen Arbeiter vollzogen hat. Die gleiche Arbeitergruppe, die im Frieden einen Wochenlohn von — sagen wir — 25 Mark empfing (also ausgesprochen ungelernete Arbeiter) wird heute kaum auf weniger als auf 5000 Mark stehen, vielleicht sogar etwas höher. Streicht man bei einer Stabilisierung eins zu tausend die drei Nullen weg, so ergibt sich eine Senkung des „Gold“-lohnes auf ein Fünftel. Andererseits bezieht z. B. der Richter, der im Frieden rund 7000 Mark Jahresgehalt erhielt, heute rund 350 000, d. h. also 350 Mark neuer Art, also nicht, wie der Arbeiter, ein Fünftel, sondern ein Zwanzigstel seines Friedensgehaltes.

Genau die gleiche Erscheinung würde ein Vergleich der Löhne gelernter mit ungelerten Arbeitern, der freien Berufsleute mit den Arbeitern u. s. f. zeigen. Den größten Einfluß allerdings würde diese Entwertung von Nullen wahrscheinlich auf all den Gebieten ausüben, auf denen heute die Preise noch künstlich niedrig gehalten werden, wie also z. B. im Wohnungswesen und — damit zusammenhängend — im Häuser- und Grundstücksverkehr. Eine Vereinfachung der Mieten gegenüber dem Friedensfuß, wie sie sich im Augenblick den bloßen Ziffern nach etwa ergeben mag, wird psychologisch als sehr bedeutend empfunden; streicht man aber drei Nullen weg, so ergibt sich, daß der Vermieter tatsächlich heute nur einen außerordentlich kleinen Teil dessen empfängt, was er im Frieden erhalten hat. Und auch solche Ziffern, wie man sie gelegentlich bei Käuferverleihen oder Angeboten hört, schrumpfen dann auf ein vernünftiges Maß zusammen. Einem großen Berliner Unternehmen wurden vor wenigen Wochen für sein Grundstück von einer ausländischen Bank 600 Millionen Mark geboten, — eine ungeheure Summe! Man streiche die überschüssigen drei Nullen weg, benenne das Gebot mit 600 000 Mark und vergleiche es dann mit den Berliner Grundstückspreisen des Friedens; das wird einen richtigen Begriff von den Größenordnungen geben, in denen sich das wirtschaftliche Leben Deutschlands zurzeit abspielt.

Und darin dürfte wahrscheinlich die bedeutendste Wirkung einer solchen „Devaluation“ oder „Stabilisierung“ liegen, wenn sie einmal kommt. Sie wird den papierernen Scheiter des Reichtums endgültig zerbrechen, der vielen Augen die wahren Verhältnisse in Deutschland zurzeit noch verbüllt. Es ist etwas anderes, ob wir mit einem Staatshaushalt von 200 Milliarden oder 200 Millionen zu rechnen haben, ein anderes, ob das Durchschnittseinkommen, sagen wir, 300 000 Mark im Jahre beträgt oder nur 300. — An den Dingen ändert sich damit nichts, daß die drei nichts bedeutenden Nullen wegfallen, wohl aber an der Auffassung der Dinge. Und diese ist letzten Endes für das wirtschaftliche Leben, wie in so vielen anderen Fällen, wohl das Bedeutendste. Denn es sind die Menschen, die wirtschaften, und nicht die Wirtschaft, die (von kranken Zeiten abgesehen) den Menschen völlig zur Marionette macht. Deshalb müssen die Vorstellungen der Menschen geklärt werden, ehe das Leben klarer und gesünder werden kann. Mercur.

Der neue deutsche Vorschlag.

Eine Goldmilliarde zur Stützung der Mark

Die Berliner Beratungen können im wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden. Die Sachverständigenkonferenz hat ihre Arbeiten mit der Erstattung mehrerer Gutachten beendet, und auch die Vertreter der Reparationskommission sehen ihre Aufgabe hier als vorläufig erledigt an, nachdem sie den zweiten deutschen Vorschlag in der Währungsfrage am Mittwoch spät abends in Empfang genommen haben, mit dem sie nur nach Paris zurückkehren, um dort Entschlüsse vorzubereiten. Der Kernpunkt der neuen deutschen Rede liegt darin, daß ein

Zusammenwirken der Reichsbank und des Auslandes angestrebt wird, um die notwendigen Mittel zur Stützung der Mark auszubringen. Im Anschluß an die Gutachten der Sachverständigen, die der deutschen Note als Anlage beigegeben sind und deren Inhalt die Regierung sich ausdrücklich zu eigen macht, wird die Gründung eines internationalen Syndikats vorgeschlagen, welches 500 Millionen Goldmark aufbringen müßte. Auch die Reichsbank ist nunmehr bereit, an der Aufbringung der Mittel mitzuwirken, und zwar voraussichtlich in der gleichen Höhe, so daß insgesamt eine Milliarde zur Verfügung stehen würde.

Die Wirksamkeit dieser neuen Körperlichkeit ist so gedacht, daß mit dem neuen Goldschon durch richtiges Eingreifen auf dem Devisenmarkt, durch geeignete Käufe und Verkäufe von Marktposten, der Kurs der Mark reguliert wird.

Aus England und aus der Schweiz liegen bereits ernstliche Angebote großer Banken vor, sich an einer solchen Stützungsaktion zu beteiligen. Man denkt daran, das bekannte Morgantomitee durch neutrale Bankiers zu ergänzen und dann — vorausgesetzt, daß die Reparationskommission zustimmt — sofort an die Arbeit zu gehen. Während der Tätigkeit des internationalen Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der von diesem gewährten Vorschüsse müßte selbstverständlich Deutschland von jeder Verzählung und Sachlieferung vorübergehend befreit werden. Die Reichsregierung ist jedoch bereit, die Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, soweit sie aus inneren Anleihen oder aus dem Budget zu bestreiten sind.

Der politische Zweck des Unternehmens

liegt nach den Erklärungen der Regierung darin, Deutschland in den Stand zu setzen, neue auswärtige Anleihen aufzunehmen, deren Erlös die Abtragung der deutschen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage ermöglichen würde. Die Regierung hat mit ihrem Vorschlag jedenfalls den stärksten Beweis ihres guten Willens gegeben, und es wird nur die Sache der Reparationskommission sein, das Werk nicht scheitern zu lassen. Die Franzosen sind von den Vorschlägen der Sachverständigen zwar wenig erbaut, aber es hilft nun einmal nichts über die unumstößliche Tatsache hinweg, daß ohne eine Reform der Reparationsfrage auch das Währungsproblem keine endgültige Lösung finden kann.

Nachlassen des Dollarkurses.

7500 bis 7800 Mark.

Berlin, 9. November.

Die Börse fand heute vielleicht noch mehr als sonst unter dem Eindruck großer Unsicherheit. Unverkennbar aber machte sich eine günstigere Meinung von der Möglichkeit einer Markstabilisierung bemerkbar. Auf dem Devisenmarkt trat ein bedeutender Rückschlag ein. In den Vormittagsstunden setzte der Dollar noch mit 8350 ein und senkte sich dann rasch bis auf 7450 und 7500. Es fanden auch größere Umsätze statt, Devisen wurden häufiger angeboten als im Verlauf der letzten Tage. Außer dem Dollar, dessen Kurs für Auszahlung New York amlich mit 7780,50 notiert wurde, sanken auch die übrigen fremdländischen Devisen. Ebenso waren Effekten lebhafter angeboten und stiegen im Preise nach. — Gerüchte, die anscheinend von der Markniederhaltung interessierter Seite in Umlauf gebracht wurden, die Regierung beabsichtige, alle Devisenbestände zu beschlagnahmen, stellten sich bald als erfunden heraus. Diese Gerüchte sollten dazu dienen, die Zurückhaltung der Devisen und dadurch das Sinken der Mark zu fördern. Dagegen scheint es sich zu bestätigen, daß ernsthafte Maßregeln gegen die Markflucht nach Berlin zugunsten der Devisenmärkte ausländischer Spekulantengriffen werden sollen.